

Hamburger Fremden

Zentralverband des Deutschen Großhandels, Bezirksgruppe Hamburg.

Hamburg, 27. November.

Die Bezirksgruppe Hamburg des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels hielt im großen Saale des Patriottischen Gebäudes ihre erste ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Arbeitsausschuß erstattete durch seinen Vorsitzenden, Herrn S. A. Klöpper, den Geschäftsbericht. Der Arbeitsausschuß ist im Juni d. J. niedergelegt worden und konnte drei Monate später die Mitglieder zur Gründungsversammlung einberufen. Die Hamburger Bezirksgruppe zählt jetzt schon 320 Mitglieder, darunter 24 angeschlossene Hamburger wirtschaftliche Verbände mit etwa 1300 Mitgliedern. An Jahresbeiträgen sind bisher in Hamburg 38 000 Mark gezahlt worden. Die volle Mitgliedschaft ist auf die Eigenart des Hamburger Handels vom Zentralverband zugesichert. Hamburg hat nicht nur einen Sitz im Präsidium und zwei weitere Sitze im Vorstande des Zentralverbandes, sondern es erhielten 21 Hamburger Herren Sitz und Stimme im Zentralausschuß, resp. Vorstand und Präsidium in Berlin. Die übernächste große allgemeine Mitgliederversammlung für ganz Deutschland findet in Hamburg statt.

Darauf nahm Herr Reichstagsabgeordneter Kleinath das Wort zu dem Vortrage über:

Uebergangswirtschaft und Zivildienstpflicht.

Es handelt sich um Gegenstände der Gesetzgebung und Verwaltung, über die noch nirgends volle Klarheit herrscht. Der Großhandel ist aber sowohl an der Uebergangswirtschaft als auch an der Zivildienstpflicht lebhaft interessiert. Wenn auch außer der militärischen Rüstung das Deutsche Reich eine solche auf finanziellen Gebiet vornimmt, so unterließ sie doch auf dem wirtschaftlichen Gebiete. Das hatte eine Desorganisation zur Folge, die allerdings die sogenannte Kriegsorganisation abgestellt hat. Dafür ist sie aber Wege gegangen, die zu grundsätzlichen Fehlern führten. Der hauptsächlichste ist der, daß die bestehenden Handelsbeziehungen nicht für die Aufgaben der Kriegsführung benutzt wurden, sondern daß man vom rein bürokratischen Standpunkte ausging. So kommt es, daß wir mitten im Kriegszustand stehen und die freie Initiative des einzelnen Unternehmers völlig ausgeschaltet ist. Es ist klar, daß man mit den Bestimmungen der Zivildienstpflicht den gleichen Weg geht. Es kann sich nicht mehr jeder seine Arbeit selber suchen, wie er will, sondern die Arbeitskraft wird, vielleicht zwangsweise, in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Da fragt es sich, ob es dem einzelnen erlaubt wird, sein Geschäft weiter zu führen. Das Gesetz betreffend die Zivildienstpflicht besteht nur aus wenigen Paragraphen, die sachlich fast nichts ansagen. Die Regierung erläßt nur den Zweck des Gesetzes, die gesamte deutsche Volkskraft einzustellen in die reine Kriegswirtschaft und als Mittel, einen Zwang auszuüben, wenn es nötig sein sollte, dort oder da zu arbeiten. Wenn dieser Plan durchgeführt werden soll, liegt auf der Hand, daß auch in irgend einer Form ein Zwang auf die Einstellung dieses oder jenes Betriebes ausgeübt werden kann. So schneidet das Gesetz tief in die Einzelheiten unserer Volkswirtschaft hinein. Der Reichstag wird jedoch bemüht sein, Rechtsgarantien für den einzelnen zu schaffen und der Willkür zu begegnen, die unvermeidlich ist, wenn ein großer Beamtenkörper auf das Wirtschaftsleben losgelassen wird. Die Annahme des Gesetzes ist sicher; eine Mehrheit dafür ist schon im Reichstag vorhanden. Von dem Gesetz wird in erster Linie die Industrie und die Arbeiterschaft getroffen; aber auch der Großhandel bleibt nicht unberührt. Er muß deshalb die Forderung unterstützen, daß die tiefen Eingriffe, die geschehen müssen, nicht ohne Hinzuziehung der davon Betroffenen, sondern auf Grund freier Verständigung mit ihnen erfolgen. Die Regierung hat das auch in Aussicht gestellt.

Wollte nun das Gesetz betreffend die Zivildienstpflicht ein weiterer Schritt im Kriegszustand oder Staatssozialismus ist, wird dadurch die Durchführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft weiter erschwert. Vor allem handelt es sich in der Friedenswirtschaft um den Preis der Ware, der für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt eine so ausschlaggebende Rolle spielt. Die Aufgaben des Reichskommissariats, das für die Durchführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft eingesetzt worden ist, sind keine leichten; ein Programm kann es nicht aufstellen. Zunächst gilt es, die Menschen, die ihrer friedlichen Beschäftigung entrissen worden sind, wieder in den Frieden hinüberzuführen. Ihre Stellungen sind besetzt, namentlich hat die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte stark zugenommen. Es geht nicht an, diese Kräfte nach dem Friedensschluß sämtlich mit einem Schlage zu entlassen, und ebenso wenig läßt sich die Wiederanstellung der durch den Krieg Entlassenen durch ein Gesetz erzwingen. Es muß bei der freien Verständigung zwischen Geschäftsinhaber und Angestellten bzw. deren Verbänden verbleiben. (Sehr richtig!)

Zum anderen handelt es sich um die Rohstoffbeschaffung. Die Lager sind geräumt. Es wird nach dem Kriege ein allgemeiner Aufsturm auf die im Auslande stehbare Ware erfolgen. Das Tempo dieses Aufsturmes muß in irgendeiner Weise geregelt werden. Es wird nicht möglich sein, die absolute Freiheit des Handels sofort wiederherzustellen. Es handelt sich endlich darum, wie man diese Ware bezahlt und wie man sie hereinbekommt, also um die Schiffsraumfrage und um die Valutafrage. Für die Valutafrage kommt auch in Betracht, wie sich die Dinge mit den deutschen Auslandsforderungen gestalten. Gelingt es, sie sicherzustellen, so haben wir eine bedeutende Stütze für unsere Valuta.

Das Ziel dieser Ueberführung durch das Reichskommissariat ist, dieses selbst überflüssig zu machen, d. h. den freien Handel wieder herzustellen. So hat der Staatssekretär gesagt, und wir können ihm zustimmen. Aber es gibt Kräfte, die es nicht tun. Ein Abgeordneter hat beispielsweise gesagt, es gelte nicht nur abzubauen, sondern

auch das Gute zu erhalten. Er meinte damit den Staatssozialismus, und die Absicht geht auf eine Monopolisierung aus dem Finanzinteresse heraus. Dagegen müßten wir kämpfen.

Der Großhandel muß fordern, daß er bei den Gesellschaften, den Ober- und Unteranschüssen, die diese Dinge regeln, ausgiebig Sitz und Stimme habe. Denn die Wiederherstellung des Friedenszustandes auf dem Gebiete des Handels ist in erster Linie eine Frage des Großhandels. Das ergibt die Forderung, daß die Regelung des Außenhandels nicht durch eine Einfuhrzentralisation geschehe. Diese Forderung ist notwendig, wenn die alten, dauernden Handelsbeziehungen wieder hergestellt werden sollen. (Sehr richtig.) Es muß wohl eine Preisbeschränkung eintreten, der Satzraum muß verteilt werden, die Valuta muß gehoben werden, aber eine Zentralisation des Einfuhrs ist nicht nötig. Man kann vielmehr eine Kontingentierung der Einfuhr vornehmen; aber wenn sie vorgenommen wird, muß der Großhandel fordern, daß er an diesem Kontingent nach Maßgabe des Friedensverkehrs beteiligt werde.

Die wirtschaftlichen Kreise und auch der Großhandel müssen auch ihrerseits zur Lösung der Aufgaben, die die Ueberführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft stellt, beitragen. Dazu gehört eine Steigerung des Solidaritätsgefühls unter den Kaufleuten. (Sehr richtig.) Denn sie müssen der Allgemeinheit gewisse Wirtschaften geben, einmal hinsichtlich der Preise und dann auch, daß die Waren nicht zu spekulativen Zwecken lange hingelegt, sondern schnell der Allgemeinheit zugeführt werden. Um die Bestände an Lebensmitteln für eine zukünftige Kriegsgefahr zu sichern, hat man von einer Seite die Monopolisierung des Getreidehandels vorgeschlagen. Andere Kreise lehnen das ab; dann muß die Sicherung dieser Bestände aber durch die Volkswirtschaft freiwillig in die Hand genommen werden. Wenn die Handelsorganisationen lebendige Mitarbeit leisten, dann wird es gelingen, das Ziel, die wirkliche Befreiung der Volkswirtschaft von den Kriegsfesseln zu erreichen. Dann wird unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt wieder auf ihre volle Höhe gebracht werden, dann werden unsere hamburgischen Schiffe wieder mit hanseatischem Wagemut hinausziehen, dann wird die deutsche Ware wieder auf dem Weltmarkt fleißig vorwärtsbringen, und niemand wird uns den Platz an der Sonne versperren können. (Lebhafter Beifall.)

In der Besprechung des Vortrages sprach Herr S. Stahlbuhl die Hoffnung aus, daß sich der Zentralverband des Deutschen Großhandels von jeder Parteilichkeit fernhalte und nur reine Wirtschaftspolitik treibe. Der Vorsitzende und Herr Kleinath sagten das zu. Dann wurde folgende, an den Staatssekretär Dr. Helfferich zu richtende

Entschliessung

einstimmig angenommen:

Ueber 300 am Großhandel beteiligte hamburgische Firmen richteten an Herrn Helfferich das dringende Ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß bei Regelung der Uebergangswirtschaft der Großhandel nicht ausgeschaltet, sondern so berücksichtigt wird, wie es seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung und dem wohlverstandenen Interesse der deutschen Volkswirtschaft entspricht.

Betreffs der Registrierung der Auslandsforderungen gab Herr Stahlbuhl noch folgenden an ihn gerichteten Brief des Reichskanzlers bekannt:

Ueber die Frage der Registrierung der Auslandsforderungen haben kürzlich mit Vertretern des Deutschen Handelstages, des Kriegsausschusses der deutschen Industrie, des Hanse-Bundes und des Handelsvereins Verhandlungen stattgefunden. Es ist seitens der Reichsverwaltung die Bereitwilligkeit ausgesprochen worden, dem Bundesrat alsbald eine Vorlage zugehen zu lassen, die die Anmeldung der Geldforderungen gegen das feindliche Ausland zwangsweise anordnet. (Lebhafter Beifall.)

Herr Stahlbuhl fügte diesem Briefe hinzu, daß dieser Erfolg nur die erste Etappe sei; die zweite wäre der tatsächliche Schutz der Auslandsforderungen.

Herr D. Fahr sprach dem Arbeitsausschuß den Dank der Versammlung für die geleistete Arbeit aus, und beantragte, den Arbeitsausschuß durch Zuzug zum Vorstand zu ernennen. Die Versammlung, die die Geschäftsordnung der Bezirksgruppe Hamburg schon vorher genehmigt hatte, stimmte diesem Antrage zu. Damit trat in den Vorstand folgende Herren ein: Ludw. Deutschmann, S. Diederichsen (Vize), Paul Ehrenbaum, J. E. Grünhut, Dr. Paul W. Herrmann, S. A. Klöpper (Erster Vorsitzender), Carl Nagel, Anton Nathusius, Generalassistent C. G. Bölling, Aug. Bego, Johs. Sah, J. Fr. Scheibler, Gustaf Schönseld und Max Wassermann.

Das Sekretariat der Bezirksgruppe befindet sich bei Herrn Hans Hermann, Belchstraße 1.